

N i e d e r s c h r i f t



über die 6. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.11.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Frau Stadträtin Toense

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Caloglu
Herr Stadtverordneter Hoffmann bis 17:18 Uhr
Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Stark

WfB-Fraktion

Herr Stadtverordneter Schumacher

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Secci für Frau Stadtverordnete Brand

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Koch

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt: Herr Schröder
Herr Dr. Ackermann

Rechnungsprüfungsamt: entschuldigt
Gesamtpersonalrat: Frau Reck
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport: Herr Stürcken

Schwerbehindertenvertretung: entschuldigt
Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport: Frau Perau
Migrationsrat Herr Ionescu

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die 6. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Entschuldigt fehlt heute Frau StV Brand (Die Linke), sie wird vertreten durch Herrn StV Secci.

Herr StV Schumacher (WfB) wird als neues Mitglied des Gesundheitsausschusses begrüßt.

Die Sitzungsunterlagen sind Frist gerecht zugegangen. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Genehmigung der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 11.09.2024

GA 27/2024

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung mit einer Enthaltung von Herrn StV Raschen (CDU).

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV

GA 28/2024

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass zu dem Antrag der Koalition „Gesundheitsfachkräfte an Bremerhavener Schulen aufstocken“ mittlerweile Gespräche mit dem Land Bremen geführt wurden um zu klären, wie es um die Verfestigung der beiden vorhandenen Stellen und wie es um die Aufstockung weiterer Stellen aussieht. Das Land Bremen hat bestätigt, dass die beiden vorhandenen Stellen „Gesundheitsfachkräfte an Schulen“ verfestigt sind, also finanziell abgesichert sind. Nicht finanziell abgesichert ist jedoch die Aufstockung der Gesundheitsfachkräfte. Diese Information steht so auch im Sachstandbericht, der Ausschussvorsitzenden war es noch einmal wichtig, dieses persönlich mitzuteilen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Ärztemonitoring: Sitzungsteilnahme der Geschäftsführung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, Vortrag durch: Herrn Josenhans und Dr. Rochell

Herr Josenhans bedankt sich für die Einladung.

Herr Josenhans, berichtet über die Möglichkeiten der Förderungen für neu niedergelassene Ärzte in Bremerhaven. Hierzu zählen u.a. Umsatzgarantien und Investitionskostenzuschüsse bis zu 60.000 € die Zweckgebunden sind.

Ein weiterer finanzieller Förderzweck sieht vor, Praxen, die sich in einem Stadtgebiet befinden, in dem mehrere Praxen ihren Versorgungsauftrag zurückgegeben haben, eine Förderung erhalten, wenn sie die Patienten aus den geschlossenen Praxen aufnehmen und diese z.B. in den Abendstunden oder als Überstunden versorgen.

Diese Förderung wird mit den Krankenkassen geteilt. Die Summe die für diese Förderung zur Verfügung steht, beläuft sich auf 250.000 € im Jahr und steht für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung. Bisher ist diese Summe nicht ausgereizt.

Bei den Bedarfsplanungszahlen wurde festgestellt, dass durch die veränderte Altersstruktur und den damit bevorstehenden Praxisaustritten, Praxen in einer gewissen Anzahl die Versorgung verlassen werden. Hier tritt dann ein gesetzlicher Mechanismus in Kraft: „Die Prüfung einer drohenden Unterversorgung“. Durch die Kassenärztliche Vereinigung wurden zunächst vier Arztrichtungen genauer beurteilt: Hautarzt, Hausarzt, Kinder- und Jugendmedizin und der Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie. Im Laufe der Untersuchung hat eine Ärztin ihre Praxis überraschend geschlossen, so dass dies eine Prüfung der drohenden Unterversorgung zur Folge hatte. In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass es zu einer Unterversorgung innerhalb dieser vier Arztgruppen kommen könnte. Durch den Landesverband der Kassenärztlichen Vereinigung wurde die drohenden Unterversorgung festgestellt. Dies hat zur Folge, dass Sicherstellungszuschläge gezahlt werden müssen. Es ist gesetzlich nicht festgelegt, wie diese auszusehen haben, zuständig sind die Landesausschüsse der Krankenkassen und der Ärztekammer. Für das Land Bremen wurde beschlossen, dass man den Ärztegruppen, die von der Unterversorgung bedroht sind, ab einer bestimmten Anzahl von Patienten eine zusätzliche finanzielle Entlastung gewährt, damit sie in der Lage sind, z.B. in Überstundenvergütung für das Praxispersonal mehr Patienten zu versorgen. Diese ist im Bereich der Haut- und Hausärzte sowie bei den Kinder- und Jugendärzten der Fall. Außerdem wird für diese drei Arztgruppen eine Starterprämie gezahlt. Sie beinhaltet für Ärzte, die neu in die Niederlassung gehen oder Ärzte die angestellt sind, einen Zuschlag für jeden Patienten von 20 % zur normalen Vergütung. Dieses zusätzliche Geld kann für Investitionen in die neue Praxisstruktur oder bei Übernahme einer Praxis genutzt werden.

Die Starterprämie II ist für die Kinder- und Jugendpsychiater. Hier wird ein einmaliger Zuschlag in Höhe von 150.000 € bei einer Neuzulassung gezahlt.

Am 01.10.2024 sind die Förderungen in Kraft getreten.

Im Bereich der Hautärzte wurde eine angestellte Ärztin zum 01.10.2024 gefunden. Hier wird, weil es sich mit dem Zeitpunkt des Beginns der Förderung überschneidet, die Förderung fließen. Dadurch erhofft man sich, dass der Versorgungsauftrag dauerhaft gewonnen wurde und dass dadurch eine Verbesserung der hautärztlichen Versorgung in Bremerhaven gesichert ist.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Josenhans für den Vortrag.

Anschließend werden durch Herrn Josenhans die Fragen der Ausschussvorsitzenden Frau Toense und den Ausschussmitgliedern: Herr StV Freemann (FDP), Frau StV Wittig (SPD), Herr StV Raschen (CDU), Herr StV Baumann-Duderstedt (Bündnis 90 Die Grünen + P), Herr StV Hoffmann (SPD), Frau StV Dertwinkel (CDU) und Frau Perau (Frauen-und Gleichstellungsbeauftragte) beantwortet.

5. Sachstand zum Antrag Errichtung eines Integrierten Notfallzentrums (INZ) am Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide, Vortrag durch: Frau Dr. Kleinbrahm (Ärztliche Geschäftsführung KBR)

Frau Dr. Kleinbrahm berichtet kurz über den aktuellen Stand des Integrierten Notfallzentrums am Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide.

Nach der Umstrukturierung der Amoeos Gruppe gab es eine ansteigende Zahl an Patienten in den Notaufnahmen im KBR und am Klinikum am Bürgerpark. Aktuell hat sich die Lage konsolidiert, jedoch ist mit sehr langen Wartezeiten in der Notaufnahme zu rechnen.

Im KBR besteht weiterhin das Problem, der räumlichen und beengten Situation der Notaufnahme. Durch den Fachkräftemangel ist es nicht möglich immer alle Stellen zu besetzen. Aktuell sind 5 festangestellte Ärzte in der Notaufnahme, wovon zwei Allgemeinmediziner sind, was sehr in der Versorgung der Patienten hilft.

Im pflegerischen Bereich sind 10-12 Stellen unbesetzt. Diese werden durch Pflegekräfte aus Arbeitnehmerüberlassung ersetzt, was das KBR vor große finanzielle Voraussetzungen stellt.

Durch die senatorische Behörde sind für das KBR noch Sondermittel bereitgestellt worden. Dadurch ist das KBR in der Lage, die an die Notaufnahme angrenzenden Räume der ehemaligen Emergency Care Unit mit Geräten und Monitoren strukturell auszustatten, damit sie als voll funktionierende Räume für die Notaufnahme genutzt werden können. Die Notaufnahme umfasst dann 13 Behandlungsräume plus 2 Schockräume. Ein anderer Teil des Geldes wird dafür benötigt, in einem anderen Teil des Hauses wieder eine Emergency Care Unit zu errichten. Diese soll im Laufe des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden.

Ende Februar 2025 soll der ärztliche Bereitschaftsdienst einschließlich des Bereitschaftsdienstes des Kinder- und Jugenddienstes in das KBR ziehen.

Es gibt keine Wortmeldungen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

6. Sachstand zum Antrag Gewaltschutzambulanz, Vortrag durch: Frau Dr. Kleinbrahm (Ärztliche Geschäftsführung KBR)

Frau Dr. Kleinbrahm berichtet über den aktuellen Sachstand zum Antrag Gewaltschutzambulanz.

Es sollen zwei Räume für die Gewaltschutzambulanz eingerichtet werden. Im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung soll die schriftliche Dokumentation und eine Foto SD Karte für 10 Jahre rechtssicher aufbewahrt werden.

Die Gelder für die Investitionen für die Gewaltschutzambulanz kommen von der senatorischen Dienststelle (Istanbul-Konvention) sodass Ende des Jahres/Anfang nächsten Jahres die Räume hergerichtet werden können.

Die Gewaltschutzambulanz ist nicht für die Spurensicherung und auch nicht für die Verletzung, die die Person aufweist, zuständig, sondern ausschließlich für die Beweissicherung.

Anschließend gab es Wortmeldungen von Frau Perau (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte) und Herrn Ionescu (Migrationsrat).

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Dr. Kleinbrahm für die Vorträge.

7. Konzept zur Erhöhung der HPV-Impfquote in Bremerhaven

GA 29/2024

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem vorgeschlagenen Konzept mit einer Gegenstimme von Herrn StV Koch (AFD) zu und bittet das Gesundheitsamt im Jahr 2025 mit den HPV-Schulimpfungen zu beginnen.

8. Maßnahmen gegen Impfmüdigkeit – Integrierte Strategie Aufklärung und Beratung

GA 30/2024

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass in der Vorlage unter Punkt D „Auswirkungen des Beschlussvorschlags“ im ersten Absatz der Halbsatz nach dem Komma zu streichen ist. Ansonsten bleibt die Vorlage unverändert.

Die geänderte Vorlage wird einstimmig angenommen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt das Gesamtkonzept „Maßnahmen gegen Impfmüdigkeit – Integrierte Strategie Aufklärung und Beratung“ zur Kenntnis und beschließt in einem ersten Schritt die Umsetzung der Maßnahmen: Impfberatungssprechstunde (Modul 1), die Impfpass-

Checks (Modul 2) und eine vereinfachte Informationskampagne (Modul 3; Maßnahme a., b., c., e. und f.).

9. Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven

GA 31/2024

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Magistratsbeschluss V/29/2024-1 vom 09.10.2024 und den Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven zur Kenntnis.

10. Freigabe nicht mehr zweckgebundener Rücklagen aus dem Kapitel 6500 (Gesundheitsamt) zur anteiligen Deckung der für das Jahr 2025 angemeldeten Veränderungsbedarfe

GA 32/2024

Vorbehaltlich eines gleichgelagerten Beschlusses des Finanz- und Wirtschaftsausschusses stimmt der Gesundheitsausschuss zu, dem Gesundheitsamt im Haushaltsjahr 2025 zur anteiligen Finanzierung höherer Bedarfe für Selbsthilfe- und Gesundheitspräventionsaufgaben einen Betrag von insgesamt 57.244,86 Euro bereitzustellen.

Zur Deckung werden Mittel in Höhe von 52.584,86 Euro aus der Drittmittelrücklage und in Höhe von 4.660 Euro aus der kapitelbezogenen Rücklage herangezogen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Verschiedenes

- Herr StV Baumenn-Duderstaedt teilt mit, dass er und Frau StV Dertwinkel keine Einladung für die Sitzung der Besuchskommission gemäß § 88 BremPsychKG bekommen haben. Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Hinweis und teilt mit, dass die Verwaltung dieses nochmals überprüfen wird.

Vorsitzende

Schriftührerin

Stadträtin

Huwig

18.12.20241